

Förderprogramm

Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung

Vorteile für die Unternehmen

- Unternehmen erhalten neue Anreize, ihr gestiegenes Interesse an einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die Tat umzusetzen.
- Mehr Unternehmen können die Vorteile einer familienbewussten Arbeitswelt für sich entdecken; zum Beispiel familienbedingte Fehlzeiten reduzieren, Überbrückungs- und Wiedereingliederungskosten durch kürzere Elternzeiten sparen, die Bindung der Beschäftigten an das Unternehmen erhöhen und ihre Attraktivität als Arbeitgeber im zunehmenden Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte steigern.

Vorteile für die Mitarbeiter und deren Familien

- Mütter und Väter können Familie und Beruf besser miteinander in Einklang bringen, weil sie Arbeits- und Betreuungszeiten besser aufeinander abstimmen können.
- Die berufliche Chancengerechtigkeit von Müttern und Vätern wird verbessert.

Vorteile für die Betreuungsinfrastruktur in Deutschland

- Das Förderprogramm ergänzt den von Bund, Ländern und Kommunen beschlossenen Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, der bis 2013 für 35 Prozent der Kleinkinder einen Betreuungsplatz vorsieht.
- Die neuen Betreuungsplätze ermöglichen in besonderer Weise die Abstimmung von Arbeits- und Betreuungszeiten.

Welche Ziele verfolgt das Programm?

Mit dem Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland leisten. Bei dem Förderprogramm handelt es sich um ein zeitlich befristetes beschäftigungspolitisch orientiertes Modellprogramm, das - in Ergänzung zu den Angeboten der Länder - kleine und mittlere Unternehmen zu einem dauerhaften Engagement für die Kinderbetreuung gewinnen will. Das Programm ergänzt den Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige durch Bund, Länder und Kommunen.

Umfragen zeigen, dass viele Unternehmen Interesse daran haben, ihre Beschäftigten bei der Kinderbetreuung zu unterstützen, ihnen aber der entscheidende Anreiz fehlt, ihre Überlegungen in die Tat umzusetzen. Das Förderprogramm will diesen Anreiz setzen und so dazu beitragen, dass Betreuungszeiten der Kinder mit den Arbeitszeiten der Eltern passgenau aufeinander abgestimmt werden können. Darüber hinaus wird erwartet, dass mit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigt. Mit dem Programm soll zudem die berufliche Chancengleichheit von Müttern und Vätern erhöht werden.

Was fördert das Programm?

Das Programm fördert bundesweit die Einrichtung von neuen, betrieblich unterstützten Kinderbetreuungsplätzen. Dadurch sollen Betriebe und Eltern darin unterstützt werden, für das gemeinsame Anliegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf individuelle und passgenaue Lösungen zu finden.

Gefördert wird die Schaffung zusätzlicher Betreuungsgruppen für Mitarbeiterkinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr – sei es in bestehenden oder in neuen Einrichtungen. Es wird ein Zuschuss zu den während der ersten beiden Jahre anfallenden Betriebskosten gezahlt.

Insgesamt stehen bis Ende 2011 für das Programm 50 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung.

Die Förderung erhalten die Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen, mit denen die Unternehmen zur Schaffung der neuen Betreuungsplätze kooperieren, oder die Betriebe selbst, wenn sie Träger der Kinderbetreuungseinrichtung sind.

Wer kann sich beteiligen?

Teilnahmeberechtigt am Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung sind Unternehmen und Träger der Betreuungseinrichtung: die Unternehmen beteiligen sich an der Finanzierung der neuen Plätze für die Kinder ihrer Beschäftigten, die Träger stellen diese Plätze in ihren Einrichtungen zur Verfügung.

Das Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung richtet sich vor allem an kleine und mittlere Unternehmen. Gerade für kleinere Unternehmen kann es lohnend sein, miteinander zu kooperieren, um neue Betreuungsplätze zu schaffen. Es können daher auch mehrere Unternehmen gemeinsam an dem Förderprogramm teilnehmen. Um möglichst viele gute Beispiele betrieblicher Kinderbetreuung zu schaffen, sind deutschlandweit Unternehmen mit bis zu 1.000 Beschäftigten teilnahmeberechtigt. Neben Wirtschaftsunternehmen können auch Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen und privaten Rechts (bspw. Berufsverbände, Vereine, Unternehmensstiftungen, Hochschulen, Rundfunkanstalten) am Programm teilnehmen. Verwaltungsbehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen sind von der Förderung ausgenommen.

Die Träger der betrieblich unterstützten Betreuungseinrichtungen sind Antragsteller und Zuwendungsempfänger der Fördermittel aus diesem Programm. Ist das Unternehmen Träger der Betreuungseinrichtung, ist es selbst antragsberechtigt und erhält die Fördermittel. Die Unternehmen entscheiden selbst, mit welchem Träger sie zusammen arbeiten wollen. In Frage kommen ebenso öffentliche Träger wie gemeinnützige oder privat-gewerbliche freie Träger.

Voraussetzungen

Das Programm überlässt die konkrete Gestaltung der Betreuungsangebote im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen den Unternehmen, Eltern und Trägern der Einrichtungen. So ist es möglich, individuelle und passgenaue Lösungen zu finden, die dem tatsächlichen Betreuungsbedarf der berufstätigen Eltern gerecht werden.

Für eine Förderung müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Es werden zusätzliche Betreuungsplätze für Mitarbeiterkinder in neuen Tageseinrichtungen und/oder in neuen Gruppen in bestehenden Tageseinrichtungen geschaffen.
- Eine Gruppe umfasst wenigstens sechs Betreuungsplätze; in begründeten Einzelfällen können auch kleinere Gruppen gefördert werden.
- Die Betreuungsplätze werden für Mitarbeiterkinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zur Verfügung gestellt. In begründeten Einzelfällen können auch ältere Geschwisterkinder bis zu deren Vollendung des sechsten Lebensjahres in einer geförderten Gruppe betreut werden.
- Deutschlandweit sind Unternehmen mit bis zu 1.000 Beschäftigten teilnahmeberechtigt. In begründeten Einzelfällen kann auch auf die Zahl der Beschäftigten in der jeweiligen Betriebsstätte abgestellt werden, die ihre Beschäftigten bei der Kinderbetreuung unterstützen will.
- Die Kofinanzierung der geförderten Betreuungsplätze erfolgt durch mindestens ein oder mehrere beteiligte Unternehmen und gegebenenfalls durch die Elternbeiträge.
- Die Betriebskosten der neuen Betreuungsplätze werden nicht gleichzeitig durch andere öffentliche Mittel gefördert.
- Die für den Betrieb der Betreuungseinrichtung notwendigen Voraussetzungen und Genehmigungen (insbesondere die Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII) liegen vor.

Sechs Schritte zur Förderung

Der Weg zur Förderung könnte in den wesentlichen Schritten wie folgt aussehen:

1. Ein oder mehrere Unternehmen entscheiden sich dafür, die Betreuung von Mitarbeiterkindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zu unterstützen und hierfür eigene Mittel zur Verfügung zu stellen.
2. Das oder die Unternehmen nehmen Kontakt zu einem Träger einer Kinderbetreuungseinrichtung auf und lassen sich von diesem über rechtliche Vorgaben, Gestaltungsspielräume, pädagogische Konzeption, Öffnungszeiten etc. beraten.
3. Der Träger der Einrichtung, in der die Mitarbeiterkinder betreut werden sollen, entwickelt gemeinsam mit dem Unternehmen und den dort beschäftigten Eltern ein Betreuungskonzept, das die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt. Es wird ein nachhaltiger Finanzierungsplan erstellt.
4. Der Träger der Kinderbetreuungseinrichtung holt die Erlaubnis für den Betrieb der Kindertageseinrichtung ein.
5. Der Träger der Einrichtung stellt einen Antrag auf Förderung bei der Servicestelle Betriebliche Kinderbetreuung.
6. Die Servicestelle Betriebliche Kinderbetreuung erlässt in der Reihenfolge der Antragseingänge und im Rahmen der verfügbaren Mittel einen Zuwendungsbescheid. Im Falle einer Förderung erhält der Träger einen Zuschuss von 50 Prozent zu den in den ersten beiden Jahren entstehenden zuwendungsfähigen Betriebskosten bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 6.000 Euro je Platz.

Wie und wo werden die Mittel beantragt?

Der Träger der betrieblich unterstützten Betreuungseinrichtung stellt den Antrag auf Förderung bei der Servicestelle Betriebliche Kinderbetreuung, die vom Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit der Durchführung des Programms beauftragt ist. Die Servicestelle bietet Unterstützung beim Ausfüllen des Antrags.

Die Antragstellung findet in einem Online-Verfahren statt:

- Interessierte Träger erhalten nach einmaliger Registrierung einen individuellen Zugang zum Antragsformular. Mit diesen Zugangsdaten loggen sich die Antragsteller in den gesicherten Bereich des Webportals ein.
- Den Antrag können Sie sich hier ohne Anmeldung zur Ansicht herunterladen.
- Das Antragsformular wird online ausgefüllt und als unterschriebener Ausdruck per Post an die Servicestelle versendet. Beizufügen sind als Anlagen:
 - die Betriebserlaubnis für die Betreuungseinrichtung (falls bereits vorhanden; sie muss spätestens zum Projektbeginn vorliegen)
 - die Absichtserklärung der/des Unternehmen/s zur Kofinanzierung der geförderten Betreuungsplätze (eine Vorlage für die Absichtserklärung finden Sie hier)
 - ein detaillierter Finanzierungsplan sowie
 - für den Antragsteller ein Auszug aus dem Handelsregister/Vereinsregister beziehungsweise ein vergleichbarer Nachweis.
- Vorlagen für weitere Dokumente, die von den Trägern geförderter Projekte vorgehalten werden müssen, finden Sie hier.

Anträge müssen so rechtzeitig gestellt werden, dass mit der Förderung spätestens zum 1. Januar 2010 begonnen werden kann.

Nach welchen Kriterien wird über die Anträge entschieden?

Über die Anträge entscheidet die Servicestelle Betriebliche Kinderbetreuung unter der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch schriftlichen Zuwendungsbescheid. Entscheidungsgrundlage für die Bewilligung von Fördermitteln sind die „Richtlinien des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für das Programm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds“ (Förderrichtlinien) einschließlich aller Vorschriften. Die Bewilligung der Förderung erfolgt bei Vorliegen der Zuwendungsvoraussetzungen in der Reihenfolge der Antragseingänge im Rahmen der zur Verfügung stehenden ESF-Mittel.